



Die 35. Ausgabe der jährlich veröffentlichten Publikation der Landpastoralkommission (=CPT) registriert die höchste Anzahl von Landkonflikten, von Invasionen in Territorien und von Ermordungen im Zusammenhang mit Wasserkonflikten

Seit Anfang des Jahres 2020 erleben wir die tragische globale Gesundheitskrise, die im Fall von Brasilien aufgrund des politischen Kurses von einem hohen Maß an Grausamkeit begleitet wird.

Die allgemeinen Zahlen der Gewalt auf dem Land zeigen, dass die Anzahl der Gewalttaten von 1.903 im Jahr 2019 auf 2.054 im Jahr 2020 gestiegen sind. Dies entspricht einem Anstieg von 8%. **Dies ist die höchste Anzahl von Konflikten auf dem Land, die seit 1985 von der CPT registriert wurde.** Die Anzahl der von diesen Konflikten betroffenen Personen stieg von 898.635 im Jahr 2019 auf 914.144 im Jahr 2020. Dies entspricht einem Anstieg von fast 2%.

Die CPT dokumentierte und systematisierte 1.576 Fälle von Landkonflikten im Jahr 2020. Dies ist die höchste Anzahl seit Beginn der Publikation im Jahr 1985 und liegt um 25% höher als 2019 und um 57,6% höher als 2018. 171.625 Menschen waren von diesen Konflikten betroffen. Noch erschreckender sind die Daten, wenn nur die Zahlen, die sich auf Landkonflikte gegen indigene Völker in Brasilien beziehen, analysiert werden: 656 Vorfälle (41,6% der Gesamtzahl) mit 96.931 betroffenen Familien (56,5%).

Die meisten Fälle von Landkonflikten wurden im Jahr 2020 registriert, gefolgt von 2019, somit in den zwei Jahren der Regierung von Jair Bolsonaro. Auf dem dritten Platz steht das Jahr 2016, das Jahr des Staatsstreichs, in dem Dilma Rousseff als Präsidentin gestürzt und Michel Temer das Amt übernahm. Diese katastrophale politische Situation hat in den letzten Jahren die Gewalt auf den Feldern verstärkt.

Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass die CPT „Vorfälle“ systematisiert, das heisst, Konflikte während eines bestimmten historischen Zeitpunkt dokumentiert: Es zeigt sich, dass viele dieser Konflikte über Jahre, in einigen Fällen sogar über Jahrzehnte andauern. Letzteres insbesondere, wenn traditionelle Bevölkerungsgruppen involviert sind.

Im Fall der Familien, in deren Territorien eingedrungen wurde, kam es zu einem Anstieg von 102,85% vergleicht man die Jahre 2019 bis 2020. **Von diesen Überfällen in ihren Territorien waren im Jahr 2020 81.225 Familien betroffen. Dies ist die größte Anzahl dieser Art von Gewalt, die jemals von der CPT registriert wurde.** 58.327 dieser Familien sind indigene, das entspricht 71,8%.

Wasserkonflikte: Rekord an Ermordungen

Im Jahr 2020 verringerte sich die Zahl der Wasserkonflikte gegenüber dem Vorjahr um rund 30%. Dies ist hauptsächlich auf zwei Ereignisse von großem Ausmaß und mit viel Konfliktpotenzial zurückzuführen, die 2019 stattfanden: Der Austritt von Öl an der brasilianischen Küste, insbesondere im Nordosten, und das Desaster, ausgelöst durch den Bruch des B1-Staudamms des Bergbauunternehmens Vale SA in Brumadinho (Bundesstaat Minas Gerais).

Dabei wurden vier Ermordungen in diesem Zusammenhang registriert. Dies war die höchste Anzahl von Morden bei Wasserkonflikten, die jemals - seit dem Jahr 2002 werden die Wasserkonflikte getrennt von den Landkonflikten dokumentiert - von der CPT registriert wurden. Die vier Morde fanden während des so genannten Massakers am Fluss Abacaxi statt. Im August 2020 wurden in der Region des Fluss Abacaxis Josimar Moraes Lopes, Indigener des einheimischen Volkes der Munduruku, und drei Flussbewohner ermordet. Dabei wurden auch zwei Morde an Militärpolizisten verzeichnet, sowie möglicherweise eines Drogendealers. Pastormalmitarbeiter der CPT Amazonas berichteten, dass es sich um eine komplizierte Situation handelt, in der Bauern und indigene Völker einerseits, illegale Fischer und Polizisten andererseits sowie eine dritte Gruppe von Drogenhändlern beteiligt seien. Nach Angaben der

Bundesstaatsanwaltschaft (MPF) haben die Indigenen seit 2007 mehrmals Konflikte, verursacht durch Sportfischer, durch irregulären Bergbau, Drogenhandel und den Einsatz von Schusswaffen, zur Anzeige gebracht. Die lokalen Gemeinschaften werden in diesem Zusammenhang direkt bedroht.

Arbeitskonflikte: die Pandemie erhöhte die Anfälligkeit männlicher und weiblicher Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Im Jahr 2020 wurden 96 Fälle von Arbeitskonflikten registriert, eine Anzahl, die fast 7% höher war als im Jahr 2019, als 90 registriert wurden. Es ist die höchste Anzahl in den letzten sechs Jahren. Im Jahr 2020 waren dabei um 25% mehr Arbeitnehmer betroffen als im Vorjahr. Insgesamt 1.104, gegenüber 883 im Jahr 2019. Seit 2015 wächst die Zahl der Armen jährlich, und im Gegensatz dazu sinkt die Zahl der Menschen, die vom „Bolsa Família-Programm“ oder einem anderen Sozialhilfeprogramm profitieren. Diese Realität verschlechterte sich mit der Covid-19-Pandemie.

Thiago Muniz, Staatsanwalt des Arbeitsinspektorats, analysiert in einem in dieser Publikation veröffentlichten Text: „Ab 2016 wurde alles schlimmer. Der Putsch im Parlament ist ein sehr klarer Meilenstein, ein echter Wendepunkt im Kampf gegen die zeitgenössische Sklavenarbeit: Seitdem hat die Ungleichheit zugenommen, die Siedlungen haben abgenommen, der Autoritarismus wurde wiedergeboren, der arbeitsrechtliche Schutz ist verfliegen und die auf sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit ausgerichteten Politiken wurde allmählich abgebaut“. Hinzu kommt die Realität der Pandemie, der mangelnden Unterstützung für Arbeiter und arme Menschen sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Dies erhöht die Verwundbarkeit dieser Menschen, die aufgrund mangelnder Aussichten letztendlich von dieser kriminellen Praktik verführt werden.

Ermordungen, Mordversuche und Invasionen: Gewalt gegen Indigene und ihre Territorien

Im Jahr 2020 befanden sich unter den 18 von der CPT registrierten Ermordungen im Zusammenhang mit Landkonflikten **sieben Indigene. Dies entsprach 39% der Opfer.** Unter den 35 Menschen, die einen Mord- oder Mordversuch erlitten haben, **waren 12 Indigene, 34% der Opfer.** In Bezug auf Morddrohungen **waren 25 der 159 bedrohten Menschen Indigene, 16% der Opfer.**

Laut der vorliegenden Analyse in der CPT-Publikation des für die Justiz Verantwortlichen, Eloy Terena von der Artikulation indigener Völker Brasiliens (APIB) und der Koordination indigener Organisationen des brasilianischen Amazonas (COIAB), zeigen diese Daten, dass die indigenen Anführer durch die Haltung dieser Regierung, die die Invasionen und Besetzung Indigener Territorien fördert, besonders gefährdet und somit Gefahr ausgesetzt sind. Mindestens 246 indigene Gebiete (TI) warten auf ihre rechtmässige Anerkennung. Wie Eloy Terena betont, wurden im Jahr 2020 in den ersten drei Monaten fast 800 km² Regenwald gerodet, was einer Steigerung von 51% gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2019 entspricht. Ein Drittel der Abholzungen ereignete sich auf Staatsland, den bevorzugten Flächen von Landräubern. Es ist anzumerken, dass zusätzlich zu den strukturellen Problemen, die durch die Nichtabgrenzung indigener Gebiete und den mangelnden Schutz der bereits abgegrenzten Länder verursacht werden, indigene Völker und Gemeinschaften in allen Regionen des Landes vom Fortschreiten der COVID-19-Pandemie betroffen sind.

Die CPT-Aufzeichnungen deuten auf die Schwere des Angriffs auf die indigenen Gebiete, insbesondere ab dem Jahr 2019 hin. **Es wird deutlich, dass einige Arten von Gewalt, wie die „Invasion“¹, ein exponentielles Wachstum erfahren haben.** Von den 81.225 Familien, die im Jahr 2020 Opfer von Überfall und Eindringen in ihr Gebiet wurden, sind 58.327 Indigene (71,8%). Im Jahr 2019 betrug dieser Prozentsatz 66,5% (26.621) und im Jahr 2018 50,1% (14.757). Berücksichtigt man nur die Zunahme der betroffenen indigenen Familien zwischen 2018 und 2020, so stieg deren Betroffenheit um 295%. In Bezug auf Landraub ist 2020 ebenfalls ein Superlativ mit 7.252 betroffenen indigenen Familien von insgesamt 19.489 (37,2%). Im Gegensatz dazu, vor zwei Jahren, waren 1.381 Indigene Familien von 15.037 Familien (9,2%) betroffen.

COVID-19 rückt auf dem Land in Brasilien vor

War das Management der Pandemie in städtischen Gebieten ausgestattet mit einer minimalen Infrastruktur

¹ „Invasion“, in etwa Überfall und Eindringen, auf Portugiesisch “Invasão”: - Illegales Eindringen in Gebiete/Gemeinschaften, um sich die für die Produktionsweise und Reproduktion des Lebens der Menschen notwendigen Güter unrechtmässig anzueignen. Die Invasion geht in der Regel einher mit illegaler Abholzung, illegaler Besetzung (neuer Zaunsetzung), bewaffneter Überfall, Vertreibung, Androhung von Vertreibung, Aufstellen von illegalen Landmarken für die Bergbauforschung ohne vorherige freie und informierte Konsultation der Völker; illegales Aufstellen von Zäunen, um den Zugang zu Wasserquellen zu verhindern, Eindringen in das Gebiet für Raubfischerei, Aussetzen von Vieh in das Gebiet, Entfernen von Zäunen, usw.

zur Erhaltung der Gesundheit und des Lebens, so hat sich die Situation auf dem Land noch weiter verschlechtert, was sich auf die Dynamik sozio-territorialer Konflikte auswirkte. **Im Jahr 2020 wurden 316 Vorfälle im Zusammenhang mit COVID-19 registriert, von denen 79.038 Familien betroffen waren. Rechnet man diese Fälle von COVID-19 in diesem Jahr mit der Anzahl der Fälle der von Landkonflikten betroffenen Familien zusammen, so kommt man zu einer Gesamtzahl von 1.892 Vorfällen mit 250.663 betroffenen Familien in Landkonflikten und in einer Situation von COVID in Brasilien.** Bei der Betrachtung der Daten historischer Konfliktereignisse und der Daten unter Einbeziehung von Ereignissen im Zusammenhang mit COVID-19 stellten wir fest, dass die größte Zunahme von Konflikten in Regionen, Staaten und Gemeinden zu verzeichnen war, die bereits von Konflikten vor Ort betroffen waren. Vor allem in den Bundesstaaten Amazonas, Roraima, Acre, Pará, Mato Grosso und Mato Grosso do Sul kam es zu einer Zunahme der Anzahl von Vorkommnissen. Diese Situation drückt sich auch in der Anzahl der Familien aus, die in Konflikte verwickelt und von Fällen von COVID-19 betroffen waren. **Die Auswirkungen erwiesen sich in traditionellen Gemeinschaften - wie Indigenen und Quilombolas - als besonders dramatisch.** Laut der Artikulation indigener Völker Brasiliens (APIB) waren bis zum 15. April 2021 52.406 Indigene aus 163 verschiedenen Völkern mit dem neuen Coronavirus infiziert worden, und es kam zu 1.038 Todesfällen. Wenn bereits im gesamtgesellschaftlichen Kontext die durch COVID-19 verursachten Todesfälle durch die Politik der Bolsonaro-Regierung verstärkt wurden, so wütet sie unter den ursprünglichen Völkern viel umfassender und grausamer.

Die Pandemie deckte auch die Situation der Vernachlässigung der Quilombola-Bevölkerung auf und das völlige Fehlen öffentlicher Maßnahmen, um diese angesichts der schweren Gesundheitskrise zu schützen. **Laut der Nationalen Koordination des Netzwerkes der schwarzen ländlichen Quilombola-Gemeinschaften (Conaq) gab es bis zum 24. November 2020 insgesamt 4.646 bestätigte COVID-19 positiv getestete Fälle. 169 Quilombola starben.** Der Bundesstaat Pará war mit 79 Todesfällen bei Quilombolas am stärksten betroffen, das macht 29,3% der Gesamtzahl aus.

Sanitäre Barrieren

Um die Verbreitung und Kontamination durch den Virus zu verhindern, haben traditionelle Gemeinschaften um ihre Territorien herum, als Schutz- und Widerstandsmaßnahmen, eigene sogenannte sanitäre Barrieren errichtet. Angesichts eines ausstehenden nationalen Plans zur Eindämmung der Kontamination durch Covid-19 oder spezifischer Maßnahmen zum Schutz der Menschen auf dem Land, der Flussanrainer und in den Wäldern war diese Maßnahme erforderlich, um die Gesundheit und Sicherheit in den ländlichen Gebieten zu gewährleisten. **Im Jahr 2020 haben insgesamt 234 traditionelle Gemeinden und Gebiete solche Gesundheitsbarrieren aufgebaut. Indigene Völker waren diejenigen, die dabei am meisten Barrieren errichtet haben. In 184 indigenen Gebieten wurde diese Schutzmaßnahme eingeführt.** Der Mittlere Westen war die Region, in der in 86 Gebieten mit 18.782 Familien die meisten sanitären Barrieren errichtet wurden. Dies entsprach fast einem Drittel der gesamten Barrieren, gefolgt von der Region im Norden mit 69 Barrieren, die 27.760 Familien schützten.

Frauen auf dem Land: Die Gewalt der Arbeitgeber auf dem Land ist weiß und frauenfeindlich

In den letzten zehn Jahren (2011-2020) registrierte die CPT 77 Mordversuche und 37 Morde an Frauen im Zusammenhang mit Land- und sozio-ökologischen Konflikten. Es handelte sich hauptsächlich um landlose Bäuerinnen, Quilombolas und überwiegend Indigene. Diese Übergriffe mit 24 Morden und 40 Mordversuchen konzentrierten sich hauptsächlich im Norden des Landes. Gefolgt von den Regionen Nordosten und Mittlerer Westen mit jeweils fünf Morden und 26 versuchten Morden im Nordosten und sechs im Mittleren Westen. Im Südosten/ Süden wurden zwei beziehungsweise eine Ermordungen sowie drei beziehungsweise zwei Mordversuche verzeichnet. Zusätzlich zu den vollendeten Morden und Mordversuchen verzeichnete die CPT auch ein sehr breites Spektrum an Gewalt gegen Frauen: Übergriffe, Morddrohungen, Verhaftungen, Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Demütigungen, Einschüchterungen und Verhaftungen.

446 Frauen wurden in den letzten zehn Jahren mit dem Tod bedroht. Dabei am meisten betroffen waren 90 Kleinbäuerinnen (Posseiras), 60 Nachfahren von schwarzafrikanischen ehemalige Sklaven (Quilombolas) und 49 landlose Bäuerinnen. In einem Jahrzehnt kam es zu 37 Vergewaltigungen, wobei die Hauptopfer Quilombola-Frauen und Indigene waren. Dreißig dieser Vergewaltigungen wurden gegen Kinder und Jugendliche aus dem Quilombola-Dorf Kalunga im Bundesstaat Goiás verübt. Die Täter der Vergewaltigungen waren Grossgrundbesitzer, Goldschürfer, Mitglieder der kommunalen Legislative und

Firmenbesitzer. Achtundneunzig Frauen wurden in den letzten zehn Jahren im Zusammenhang mit Konflikten auf dem Land, auf den Gewässern und in den Wäldern festgenommen. Vor allem landlose Bäuerinnen (insgesamt 66) wurden verhaftet und in Gefängnissen eingesperrt. Dies deutet darauf hin, dass Strafmaßnahmen im Zusammenhang mit Konflikten rund um die Agrarreform und territoriale Rechte in Brasilien andauernd sind. Im Kontext der Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit sozio-ökologischen Konflikten und Landkonflikten verdient das Auftreten von Vergewaltigungen besondere Beachtung. Sexuelle Gewalt gegen Frauen war in der Vergangenheit eine Form der Arbeitgeberkontrolle. Für die Universitätsprofessorin der Bundestaatlichen Universität von Bahia (UFBA) und Rechtsberaterin Tatiana Emilia Dias Gomes zeigt dies, dass die Opfer im letzten Jahrzehnt Frauen der ursprünglichen Ethnien und Quilombola-Kinder und Jugendliche waren, sowie dass das Fortbestehen des Mythos der Rassendemokratie insofern ein besonderes Element für die Analyse darstellt, da ein solcher Mythos zu der Annahme beiträgt, dass die Mischung der Rassen aus einvernehmlichen sexuellen Kontakten zwischen den drei Ethnien resultiere. Dies unterschlägt, dass schwarze Frauen und Frauen der ursprünglichen Ethnien dieser sexuellen Gewalt ausgesetzt sind, sie ertragen mussten und es keine gleichen Rechte für alle gibt.

Der Kampf gegen die LGBTI*-Bewegung auf dem Land

Brasilien ist das Land, das weltweit die Zahlen an Morden im Zusammenhang mit LGBTI*-phobie anführt. Die Übergriffe gegen LGBTI*s betrifft auch Bauernorganisationen und auf dem Land Lebende. Am 19. August 2019 wurde Aline da Silva, eine Transaktivistin der Landlosenbewegung MST, von zwei Fremden enthauptet, als sie ein Fest in der Gemeinde Arcoverde in Pernambuco verließ. Am 5. Juni 2020 wurde Safira Nunes, eine Transaktivistin der Kleinbauernbewegung MPA, in der Gemeinde Cedro, ebenfalls in Pernambuco, Opfer trans*-feindlicher Aggression. Anfang dieses Jahres, am 26. Januar 2021, wurde Fernando dos Santos Araújo, ein landloser, homosexueller Mann, in der Gemeinde Pau D'Arco im Bundesstaat Pará brutal hingerichtet. Er war Zeuge und einer der Überlebenden des Massakers von Pau D'Arco, bei dem am 24. Mai 2017 zehn Landlose getötet wurden. In diesen Situationen von LGBTI*-feindlichen Aggressionen reproduziert sich die Gewalt der Grossgrundbesitzer, mischt sich mit der herrschenden Unterdrückung und Kriminalisierung von Landarbeitern, mit Hunger und Armut aufgrund mangelnder Agrarreform und erhöht so die Unsichtbarkeit und Vorurteile in den bäuerlichen Gemeinschaften selbst.

Mehr Informationen:

Cristiane Passos (Pressesprecherin der nationalen Landarbeiterkommission) - (62) 99307-4305

Mário Manzi (Pressesprecher der nationalen Landarbeiterkommission) - (62) 99252-7437

Amanda Costa (Pressesprecherin der nationalen Landarbeiterkommission) - (62) 99309-6781